



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

20.05.1932 (Nr. 104)

LNZ

Einzelpreis 15 Pfennig

Freitag, 20. Mai 1932 • Nummer 104

Am Sonntag
alles nach
Oldenburg!

Bremer Nationalsozialistische Zeitung Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Verlagsort: Bremen. Herausgeber: Kurt Thiele. Verlag: Bremer Nationalsozialistische Zeitung, Kurt Thiele. Geschäftsstelle und Redaktion: Papenstr. 15. Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 17 bis 19 Uhr. — Fernsprecher Domsheide 25876.

Die LNZ erscheint jeden Freitag u. kostet RM 1.90 frei Haus, durch die Post zuguml. 36 Pfg. Beleggeld. Der Bezugspreis ist im Voraus zahlbar. Bei Betriebsstörung, Streik, Verbot, Aussperrung usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Rückzahl. des Bezugspr.

Anzeigenberechnung: hiesige die 10 gelbsteine mm-Zeile RM 0.10 auswärts RM 0.12, im Viertel RM 0.50, an der Spitze RM 0.70 Stellengeld RM 0.04. Sonstige kleine Anzeigen RM 0.06 Platzvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Brünings Notdiktat

Herabsetzung der Unterstützungszeit auf 13 Wochen! — Kürzung der Invalidenrente — Neue Krisensteuer auch für Beamte

Adolf Hitler vor der Preußenfraktion

Berlin, 19. Mai. Der preussische Pressedienst der Nationalsozialisten gibt folgende Erklärung bekannt:

Die nationalsozialistische Fraktion des neuen Preussischen Landtages trat am Donnerstag vormittag zu ihrer konstituierenden Sitzung in Berlin zusammen. Die Fraktionsführung, die um 11.30 Uhr im Hotel Prinz Albrecht begann, fand im Zeichen der Anwesenheit Hitlers.

Auf das Stimmrecht begründet von den 102 neu-gewählten preussischen Abgeordneten der nationalsozialistischen Bewegung nahm der Führer sofort nach seinem Eintreffen das Wort, um in einflussreicher Rede die großen politischen Richtlinien für den Preussenkampf der Fraktion bekannt zu geben.

Adolf Hitler ging auf die Fragen der Innen- und Außenpolitik ein und führte u. a. aus:

Die nationalsozialistische Bewegung, die die Hoffnung Deutschlands sei und die Zukunft der Nation in Händen habe, wisse, was sie der deutschen Geschichte schuldig sei, insbesondere auch Preußen, das einst so viele Jahrzehnte der Träger der deutschen Geschichte und der Stütze des Deutschen Reiches war.

Die nationalsozialistische Bewegung habe nicht 13 Jahre gekämpft, um die Politik des heutigen Deutschlands in irgendwelchen Koalitionen fortzuführen. Sie sei sich der Verantwortung vor ihren 13 Millionen Wählern bewußt, deren Wille es sei, daß es anders werde. Der Kampf werde nicht geführt, um Ministerposten zu besetzen oder um jeden Preis in eine Regierung einzutreten.

Gegenüber den guten Ratsschlägen unserer parteipolitischen Gegner erklärt Hitler, daß wir eine Infektion zur Prüfung unserer Regierungswürdigkeit in Deutschland außer uns selbst nicht anerkennen. Wir hätten in Preußen heute die stärkste Position inne, die jemals eine Partei gehabt habe. Es gäbe in Preußen keine Regierung, die wir nicht wollen. Unsere Preußenfraktion sei im Augenblick eines der stärksten Instrumente der Bewegung, es sei die Gruppe, mit der die Entscheidung geschlagen werden könne. Die nationalsozialistische Partei werde ihre Politik nur von eisernen Überlegungen leiten lassen. Die Hoffnung unserer Gegner, daß wir die Nerven verlieren werden, sei trügerisch.

In den weiteren Ausführungen des Führers, unter stürmischer Zustimmung der Fraktion, kam die unabdingbare Geschlossenheit und die unerschütterliche Einigkeit und Disziplin.

zum Ausdruck, welche die Fraktion mit der Bewegung und ihrem Führer verbindet und auf denen die Hoffnung und das Vertrauen der Wählerschaft beruht. An diesem gwerkschaftlichen Glauben und dieser Geschlossenheit werden alle offenen und stillen Angriffe unserer Gegner gescheitern. Kampfgut und fanatische Disziplin seien das Unterfund unseres Sieges.

Der Führer schloß mit einem Appell an die Fraktion zu größerer Arbeit und Pflichterfüllung für die Bewegung und damit für die ganze Na-

Die Arbeit des Reichskabinetts

Berlin, 19. Mai. Das Reichskabinettsitzung am Donnerstag nachmittag seine Beratungen über die Finanz-, Wirtschafts- und sozialen Fragen weiter fort. Die Beratungen wurden nach kurzer Zeit abgebrochen, um am Freitag abends um 9 Uhr fortgesetzt zu werden. Im unterrichteten Kreisen rechnet man nunmehr damit, daß die Gesamtberatungen des Reichskabinetts Mitte bis Ende der nächsten Woche abgeschlossen sind, da nach der Vereinigung der mit den sozialen Haushalten zusammenhängenden Fragen der Klärung der weiteren Fragen des Reichshaushalts und der Arbeitsbeschaffung verhältnismäßig schnell vorantreiben gehen sollen.

Es dürfte nunmehr feststehen, daß eine Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge nicht erfolgt. Es dürfte lediglich eine gewisse Angleichung der Krisenfürsorge an die Arbeitslosenversicherung erfolgen, und zwar dürfte bei beiden die Unterstützungsdauer verlängert werden. Es scheint an eine Herabsetzung der Unterstützungsdauer auf je 16, nach anderer Lesart auf je 13 Wochen gedacht zu sein.

Zum Ausgleich der Fehlbeiträge in den

Gemeindehaushalten dürfte man weiter an die Beibehaltung der Bürgersteuer denken; um die Unterstützung der Wohlfahrtsverbände sicherzustellen. An weiteren Maßnahmen zur Angleichung der Sozialhaushalte dürfte an eine Einbeziehung sämtlicher Festbeträge, also auch der Beamten, in die Krisenfürsorge gedacht sein. Eine Entscheidung ist jedoch in allen diesen Fragen noch nicht gefallen. Fest steht lediglich, daß die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge abgelehnt worden ist.

NSDAP. fordert schärfsten Widerstand gegen die neuen Steuerpläne

Dresden, 19. Mai. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, in dem sie von dem Landtag verlangt, die sächsische Staatsregierung zu beauftragen, gegen den Erlass einer Rechtsverordnung, die neue Steuern und Kürzungen der Unterstützungssätze vorsieht, schärfsten Protest bei der Reichsregierung einzulegen.

Zuchthaus für deutschen Polizeioffizier

Kattowitz, 19. Mai. Vom polnischen Landgericht in Kattowitz wurde der deutsche Polizeihauptmann Rohng zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren beantragt. Nach der Urteilsverkündung warnte der Gerichtsvorsitzende die Presse ausdrücklich davor, die Urteilsbegründung zu veröffentlichen. Hauptmann Rohng hat gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt.

Die Verhaftung des in Kattowitz stationierten Polizeihauptmanns Rohng im Oktoberhessen, der beschuldigt war, militärische Spionage zu Gunsten Deutschlands getrieben zu haben, erregte seinerzeit großes Aufsehen. Am 17. September 1931 nahm die polnische Polizei in der Wohnung seiner Schwägermutter, der Frau Oberamtmann Burgund in Tschau, eine gründliche Hausdurchsuchung vor. Obwohl die Hausdurchsuchung wie das polizeiliche Protokoll seinerzeit feststellte,

keinerlei Anhaltspunkte für ein Vergehen

Rohngs ergab, wurde die Verhaftung ohne Angabe von Gründen aufrechterhalten und Rohng dem Gerichtshaus in Kattowitz zugeführt. Die seitens des deutschen Generalkonsulats unternommenen Schritte blieben erfolglos.

Rohng hatte nur ganz beschränkte Verteidigungsmöglichkeiten; er wurde durch eine lange und besonders schwere Untersuchungshaft planmäßig gemüht, ohne daß die Öffentlichkeit erfuhr, worin eigentlich seine „Spionage“ bestanden sollte.

Es handelt sich hier um einen niedrigen Nachakt gegen die deutsche Polizei, der es in letzter Zeit wiederholt gelungen ist, gefährliche polnische Agenten hängeln zu machen und wichtige Abschnitte des polnischen Spionagenetzes aufzudecken.

sich in den obdenburgischen Wahlkampf zu begeben.

Die Fortsetzung der konstituierenden Fraktions-sitzung fand 14 Uhr im Fraktionsaal des Preussischen Landtages statt. Der Fraktionsführer Kube gab der Fraktion für die weitere Arbeit und den Kampf im einzelnen die notwendigen Richtlinien und Weisungen. Folgende Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes wurde bekannt gegeben: Abg. Kube als Fraktionsführer, Abg. Vosse als 1. Stellvertreter, Abg. Heinz Paate als 2. Stell-

vertreter, Abg. Hintler als Fraktionsgeschäftsführer. Ferner gehört dem Vorstand als Mitglied der Reichsleitung an Abg. Oberleutnant Schulz, Schatzmeister der Fraktion ist Dr. Koepke-mann.

Braunschweiger Landtag gegen SA-Verbot

Braunschweig, 19. Mai. Im Braunschweiger Landtag wurde am Donnerstag nach dem Teil-täglichen Auspruch, folgender Dringlichkeitsantrag der Fraktion der NSDAP. angenommen:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, unverzüglich beim Reichspräsidenten und der Reichsregierung Einspruch gegen das einseitige Verbot der Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu erheben.

„Neue Aera in der Memelpolitik“

Kowno, 19. Mai. Die Ernennung des Londoner Generalkonsuls Gylhs zum Gouverneur des Memelgebietes wird nunmehr auch amtlich bestätigt. Gylhs wird bereits am Freitag die Amtsgeschäfte übernehmen. Wie verlautet, soll in den nächsten Tagen das Direktorium Simaitis zurücktreten.

Zum Eintreffen des neuen Gouverneurs schreibt das „Memeler Dampfboot“:

„Man sagt in Kowno, daß Gylhs ein guter und gewissenhafter Beamter ist und mit seiner Ernennung eine neue Aera in der Memelpolitik beginnen wird.“

Nationalregierung in Japan

Tokio, 19. Mai. Die japanische Armee als Vertreterin der nationalen und völkischen Belange Japans hat es bei der Regierungsumbildung durchgesetzt, daß die Ernennung des bisherigen Innenministers Suzuki an folgende 3 Bedingungen geknüpft wird:

1. daß die künftige Regierung nicht ausschließlich aus Mitgliedern der Seiyuntai-Partei besteht;
2. daß ein energiegeloses Vorgehen in der Mandschurei garantiert wird;
3. daß einschneidende Maßnahmen zugunsten der notleidenden Landwirtschaft ergriffen werden.

Suzuki hat sich mit den Bedingungen der Armee einverstanden erklärt. Der bisherige Kriegsminister Araki wird im Amt bleiben. Der Führer der Minseitō-Partei hat gleichfalls der Bildung einer nationalen Regierung zugestimmt.

Es ist als sicher anzunehmen, daß eine solche Regierung in der Mandschurei rücksichtslos durchgreifen wird und sich auch von der Conjunction und deren imperialistischen Zielen nicht abdrücken lassen wird.

Wetterleuchten im Osten!

Von unserem Danziger Mitarbeiter.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel trafen neuerlich die Übergriffe der Berliner Anstaltsverwaltung auf Danzig! Für den Kenner der Verhältnisse kam dies nicht unerwartet. Die geschehene interpolitische Lage in Polen drängt nach Abklärung nach außen hin und es wäre nicht das erste Mal, daß die Weltgeschichte, daß aus dem Beweggrund einer überhöhten interpolitischen Spannung heraus die Augenpolitik als Abwehrmittel dienen muß. Ferner Polen wartet seit langem auf einen Zusammenstoß mit dem Reich, das mit Japan wegen der ostasiatischen Bahn, das rechnet damit und erhofft davon für sich Danksagung und Anerkennung. Das Verhalten des Reiches in der Schanghaier und Nanking-Affäre ermutigt Polen indirekt zu seinem Vorgehen. Und nicht zuletzt die „Galtung“ der deutschen Regierung bei all diesen Fragen. Ferner fühlt sich Polen durch das Verhalten Frankreichs in Sachen Donautransportation schwer benachteiligt. Denn nicht Polen — das ist der ausschlaggebende Faktor — sondern die Tschechoslowakei soll in dem Donaubund die führende Rolle spielen. Und das wäre gleichbedeutend mit einer wirtschaftlichen Isolierung Polens. Noch eins kommt für den Augenblick hinzu: Nach Entscheidung des Völkerbundes ist Polen ab 1. Mai 1932 verpflichtet, das Anlaufen des Danziger Hafens durch seine Marine vorher dem Danziger Senat bekanntzugeben. Außerdem stand der 3. Mai vor der Tür: der Tag der polnischen Verleumdung.

So wirken vielleicht innere und äußere Momente zusammen bei dem Entschluß, von dem uns überdies durch englische Zeitungen Kunde wird. Dements von allen Seiten erfolgten prompt. Hat man das auch anders erwartet?

Nein, es scheint so, als ob diesmal noch das latente Eingreifen des hohen Kommissars in Danzig, Gröning, es verheißt, daß der weiße Adler von den Danziger Regierungsgebäuden weht.

Seit Wochen und Monaten waren und prägen wir: Gibt es noch das deutsche Danzig? Man glaubte es uns nicht. Darum ist es jetzt doppelt reiz- und wirkungsvoll, wenn plötzlich auch aus England ein Warnungsruf erschallt. Und unsere Regierung? Nun, sie erklärt das Dementi der polnischen Regierung für befriedigend und — alles bleibt beim alten. Die englische Regierung aber sieht sofort nach und wendet sich an den Geschäftsführer des Völkerbundes.

In diesem Zusammenhange mag vielleicht ein kurzer Überblick über die polnischen Militärorganisationen in Danzig angebracht erscheinen. Polen hat es verstanden, unter Mißbrauch seiner im Verlaufe der Jahre angestrichelten Rechte, seine Wehrverbände auf das Danziger Gebiet zu verpflanzen und auszubilden. Hier sind vor allem zu nennen: der „Verband ehemaliger Krieger“, der „Sokol“, die militärischen Unterabteilungen der Eisenbahner, die Organisation der polnischen Reserveoffiziere und Unteroffiziere. Ferner die „Sportvereinigung Orzel (Adler)“, die nichts als eine getarnte Schützenvereinigung ist. Erwähnt muß hier noch werden die — angeblich karitative — polnische Studentenorganisation „Bratwa Pomor“, deren Vorsitzender vor kurzer Zeit nach Danzig kam, daß 70 Prozent der polnischen Studenten in Danzig militärisch ausgebildet seien.

Die militärische Vorbereitung auf dieser Donaumilitärzone beschränkt sich in Danzig auf theoretische Ausbildung, Geländekunde und Schießübungen werden auf polnischen Boden verlagert, wobei die polnische Eisenbahndivision Danzig, die nebenbei die amtliche Legation des Völkerbundes in Danzig ist, freifahrend ausübt. Von Bedeutung ist hier auch eine Mitteilung des hohen Kommissars von Danzig, daß der polnische Minister Dr. Porebski, der polnische diplomatische Vertreter in Danzig, dieser empfangen am 15. April 1932 in besonderer Audienz die Führer des „Verbandes für militärische Vorbereitung“ und sagte ihnen seine Unterstützung mit folgenden Worten zu (nach der „Gazeta Olsztynska“): „Ich werde hier verdienstvollen Eisenbahnerorganisation durch aus wohlwollend gegenüber und werde den „Verband für militärische Vorbereitung“ nach Kräften unterstützen.“

Das Gebiet der Freien Stadt Danzig ist also

Das Ende eines Kriegsschiebers

Amsterdam, 18. Mai. Der Inhaber des Sternberg-Konzerns, der jüdische Bankier Martin Sternberg, ist bei einem Automobil-Unfall ums Leben gekommen. Sternberg war früher Zigarrenhändler und war in diesem Artikel während der letzten Kriegsjahre einer der bekanntesten Kriegsschieber für Rechnung der deutschen Regierung und der Heeresleitung. Die deutsche Revolution, die Darmatz zu Ruhm brachte, machte auch Sternberg den Weg frei, um in den Fußstapfen Darmatzs das gleiche Glück mit den verwandten Marxizisten zu versuchen. Sternberg, der 1918 erst 24 Jahre alt war, machte nach dem Kriege alle nur möglichen Geschäfte in Deutschland; die Zeit und die Umstände waren ihm günstig und es war auch zutreffend, wie er sich selbst einmal einem deutschen Zollbeamten in Venedig gegenüber ausdrückte, „Das deutsche Volk frisst alles!“ Vielleicht hat er damals eine Ahnung gehabt von den Vorkämpfern der deutschen Frontsoldaten nach dem Genuß Sternbergischer Zigarren. Freilich, in der Inflation verwandelte sich der Zigarrenhändler Martin Sternberg in den Bankier Sternberg, In-

haber des Bankhauses Sternberg u. Co., Amsterdam, Seegracht 237-239; auch eines der Bankhäuser, zu deren Entfallen und Bau die ärmste deutsche Witwa noch ihr Erbschein durch die Marktentwertung beigetragen hat. An diesem einen Haus, das ihm vom deutschen Volk gratis gestiftet war, hatte Sternberg noch nicht genug. Der Verlauf der Inflation ließ manche deutsche Fabrik und manche Aktien-Gesellschaft so verarmen, daß Sternberg mit einigen Gulden die Papier-Aktien-Mehrheit kaufen konnte und so zu dem sog. „Sternberg-Konzern“ kam. Das Kaiser-Dish-Hotel, eine Grundstücks-Gesellschaft ohne Hotel, gehört zu diesem Konzern, dessen Unternehmen in den letzten Jahren die Dividenden mehr abwarfen. Wie alle damaligen Kriegsschieber und Inflationsschieber a. a. V. Bankier, Antiquar und Genossen dem Kriegswahn verfallen waren, hatte auch Martin Sternberg seinen „Juden“ abgeben; er war nebenbei Generalkonsul von Berlin geworden, eines derjenigen Geschäfte, die nichts einbringen, sogar noch Geld kosten.

von einem Neg wohlgemachter polnischer Wehrverbände durchgef. Die Waffen liegen bei der Grenze, jederzeit greifbar. Hier wäre für den Völkerbund eine lohnenswerte Aufgabe zu erfüllen. Doch darüber schreibt man nichts; wohl aber läßt man Sturm gegen die EM, weil man ahnt, daß diese Kämpfer der deutschen Freiheitsbewegung das sicherste Bollwerk sind gegen polnische Machtgier und Machtgier. Seit Wochen geistert die ganze polnische Presse gegen die Danziger EM, und gegen den hohen Kommissar, weil dieser in einigen Entscheidungen wider und gerecht Danziger Belange gesiegt hat.

Wetterleuchten im Osten! Gewitterstimmung in Danzig! Ohrenschmerz in Ost!

Handwurmprozess Sklarek

Bürgermeister Kohl auch nicht zu sprechen. Medizinischer Professor Dr. Störner teilte dem Berliner Gericht mit, daß sich das Befinden Bürgermeisters Kohls merklich verschlechtert habe, so daß mit einer Verhandlungsfähigkeit Kohls in den nächsten Tagen nicht gerechnet werden könne. Darauf beantragte Staatsanwaltschafts-Rat Dr. Weisberg, das Verfahren gegen Bürgermeister Kohl abzutreten, um die Fortführung des Prozesses nicht zu gefährden. Das Gericht beschloß, diesem Antrag zu entsprechen, so daß die Angelegenheit Kohl in der Sklarek-Affäre in einem besonderen Verfahren aufgerollt werden wird.

Bauern verderben unter dem System

Verleumdeter Bauerneigentum. Nach einer Feststellung, die „Der Geselle“ in Schneidemühl veröffentlicht, sind von den Amtsgerichten der Grenzmark Polen-Preußen für den Monat Mai 48 Zwangsversteigerungen angelegt worden, durch die ein Grundbesitz von rund 2800 Morgen enteignet werden soll. Die Kreise Deutschkrone, Schlochau sind mit je zehn Zwangsversteigerungen beteiligt. Allein das Amtsgericht Sammerfeld hat sieben Zwangsversteigerungen angelegt. Im Amtsgerichtsbezirk Schneidemühl wurden acht Grundstücke zur Versteigerung vorgelegt. Die jüdische Grenzmark Polen-Preußen ist mit zwölf Zwangsversteigerungen beteiligt. Und dies alles geschieht unter der „Hilfs-“ und dem „Vollstreckungsschutz“. Diese Tatsachen liefern aber auch den Beweis, daß die Maßnahmen der Reichsregierung für den bedrohten deutschen Osten vollkommen wirkungslos sind und immer mehr deutsche Bauern zwangsweise von ihrem Grund und Boden gejagt werden, damit die jüdischen Siedlungsgesellschaften ein gutes Geschäft machen können.

In der Umgebung von Aurich fanden vor kurzem Viehpländereien bei den Bauern statt. Nach einer Abrechnung über den Verkauf von zwei Euter zweijährigen Kühen, die bei dem Landwirt Detter gepfändet wurden, betrug der Erlös der beiden Tiere 87,50 RM., wovon 8,00 RM. Ver-

steigerungsgebühr und 64,51 RM. Transportkosten u. a. abgezogen wurden. Der Reinerlös, der auf die rüchdändigen Berufsvereinigungen, Landwirtschaftskammer und Krankentassenversteigerungsbeiträge verordnet wurde, betrug 13,99 RM. Dies ist ein treffendes und trauriges Beispiel, wie das Eigentum deutscher Bauern im heutigen Staat verflechtet wird.

Dieterich pfändet wieder!

Die Pfändungen wegen der Steuerrückstände in der Landwirtschaft mehren sich von Tag zu Tag. Aus der Gegenüberstellung der Indezahlen geht hervor, daß es für den deutschen Bauern keine Möglichkeit ist, seine Steuern zu bezahlen. Während die Indezahl für landwirtschaftliche Erzeugnisse rund 94 beträgt, lautet die Indezahl für Steuern über 400. Unter diesen Umständen müßte es jedem einsichtigen Menschen klar sein, daß Gläubiger keinerlei Verzichtung zugehen. Pfändungen wegen Steuerrückständen vorzunehmen.

Wir haben nach unserer Ansicht vor allem die Aufgabe, alles zu tun, um das Volkstum zu erhalten und zu fördern. Dies wird aber nicht dadurch erreicht, daß der Ungeheuer jedes Volkstums, der Bauer, durch den Gläubiger gepfändet wird. Wird dem Bauern die Stellung in der Volkswirtschaft eingeknickt, die ihm von Natur aus zugehört, dann wird er auch von selbst Steuern zahlen, allerdings niemals in der phantastischen Höhe, wie der augenblickliche Staat es von ihm verlangt.

Aus aller Welt

Mit 10.000 RM. gestrichelt. In Hannover verhaftet. Hannover, 18. Mai. Der am 25. April d. J. aus Emden mit 10.000 RM. gestrichelte Bote der Emden-Bank, Filiale der Oldenburgischen Spar- und Leihbank, Benning, festgenommen worden.

55.000 RM. unterschlagen. Gemeindefeldrat verhaftet. Rheide. Am Donnerstag ist der 43jährige hiesige Gemeindefeldrat Heinrich Paulsen wegen Verdachtes der Veruntreuung von Kirchengeldern verhaftet worden. Bei einer außerordentlichen Revision durch die Kreisbehörde war in der Gemeindefeldrat ein Fehlbetrag von 55.000 RM. entdeckt worden, über den Paulsen sich nicht ausweisen konnte. Es handelt sich um Kirchensteuer-gelder und Gelder, die Paulsen als Gemeindefeldrat des evangelischen Wochenblattes verwaltete. Paulsen, der vom Kriege her an einer Kopferkrankung leidet, erklärte, daß der Fehlbetrag bei den Kirchensteuern ihm unaufgefallen unterlaufen und nur auf einen Buchungsfehler zurückzuführen sei.

Verheerender Waldbrand im Kreis Liebenwerda.

Lauchhammer. Vier Tage wütete in den Forsten zwischen Lauchhammer und Gräfenhainichen ein Waldbrand, der vermutlich auf fahrlässige Brandstiftung zurückzuführen ist. Trotz aller Bemühungen zahlreicher Feuerwehrleute gelang es zunächst nicht, den Brand aufzuhalten, der erst nach vierstägiger Dauer heute vormittag im wesentlichen als gelöscht gelten kann. Man schätzt die betroffene Fläche auf rund 1000 Morgen. Es besteht noch wie vor die Gefahr, daß der Brand bei Windzunahme erneut ausbricht.

Große Waldbrände in Ostkanada.

Ottawa. Durch ausgedehnte Busch- und Waldfeuer in Ostkanada sind Schäden von über 200.000 Pfund entfallen. Mehrere Hundert Siedler sind obdachlos geworden. Im Westen der Provinz wurden die Waldanlagen mehrerer Bergwerke zerstört. In den mittleren Provinzen herrscht große Trockenheit.

Hat Curtis die 50.000 Dollar Lösegeld eingestakt?

Die Polizei in New York untersucht noch immer die Möglichkeit des Abfalls von Curtis für die Nacht, in der das Lindbergh-Kind entführt wurde. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß Condon die 50.000 Dollar am Bronx-Friedhof an einen Mittelsmann von Curtis geschickt hat. Die Polizei ist überzeugt, daß Curtis bisher nur ein Teil-geldabris abgelegt hat. Wie weiter bekannt wird, soll Curtis auch in eine Alkoholschmuggel-Angelegenheit verwickelt sein.

Weiblicher Hilfsabnehmer startet mit „Do X“.

New York. Das deutsche Flugzeug „Do X“ ist vom Long Island-Sound nach St. Johns (Neufundland) gestartet. An Bord befinden sich 13 Mann Besatzung, sowie die bekannte Pilotin Antoinette Erasmussen. Sie ist als Hilfsabnehmer angeheuert worden. Sie fliegt als Hilfsabnehmer und wird als erste Europäerin über den Atlantik fliegen. Sie führt Schreiben des Bürgermeisters von London, von Edinburgh und von New York. Der amerikanische Staat hat die deutschen Frauenverbände mit. Die „Do X“ wird über St. Johns, die Azoren, Vigo und Southampton fliegen.

745 Kilometer Stundengeschwindigkeit mit dem Flugzeug?

Rom. Wie bekannt hat Leutnant Retti von der italienischen Fliegergruppe bei einem Probeflug über dem Garbo-See, wo sich die italienische Schiffe für Schnellflug befinden, eine Stundengeschwindigkeit von etwa 745 Kilometer erreicht. Dieses Ergebnis liegt etwa 10 u. S. über der bisherigen englischen Höchstleistung. Der Versuch soll demnächst unter amtlicher Kontrolle wiederholt werden.

Beamtenfreit in Griechenland.

Athen. In der Nacht zum Donnerstag sind die Beamten des Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetzes mit wenigen Ausnahmen in ganz Griechenland wegen Gestaltfreistellung in Streik getreten. Die Regierung hat die Verhaftung der Streikleitung angeordnet und die Dienstleistung aller streikenden Beamten verfügt.

Getrieger erben vier Millionen Franken.

Paris, 20. Mai. Ein reicher Aufräuer, ein 65jähriger Farmer namens Besson, der erst vor kurzem in Paris eingetroffen war, wurde das Opfer von zwei internationalen Betrüggern, denen es gelang, ihm vier Millionen Franken abzugewinnen und damit zu verschwinden.

Japanischer Armeecor fordert nationale Politik.

Tokio, 20. Mai. Der japanische Armeecor hatte dem Führer der Seintai-Partei, Suzuki, ultimative Bedingungen vorgelegt, unter denen er der Bildung eines neuen Kabinetts zustimmen mußte. Die Armeecor forderte in erster Linie den Einschluss solcher Männer in die neue Regierung, die für die Durchführung einer nationalen Politik Gewähr bieten.

ARTERIEN-VERKALKUNG

vorzeitiges Altern, ihre Vorboten und Begleiterscheinungen wie Hoher Blutdruck, Atemnot, Schwindelanfälle, Herzbeschwerden, Ohnmachtsanfälle, Kopfschmerzen, Schwäche des Denkvorgangs, Schlaflosigkeit und Mannesschwäche bekämpfen Sie durch

Radium-Tropin mit Radium-Emanation

126 Uran-Einheiten

Wie stark dieses Leiden verbreitet ist geht aus der Tatsache hervor, daß beinahe 22 Prozent aller Todesfälle diese Erkrankung und ihre Folgen herbeiführen. Radium-Tropin ist von ersten Autoritäten geprüft und für absolut einwandfrei befunden worden, verhindert die weitere Ansammlung von Kalkmassen, löst die alten und sorgt für deren Ausscheidung. Verminderung des Blutdruckes, Verhinderung von Schlaganfällen und die Erhaltung der Arbeitskraft. Bei keiner Erkrankung ist es aber wichtiger, rechtzeitig einzugreifen bzw. bei Zeiten vorzubeugen, wie gerade bei Arterienverkalkung.

Fragen Sie Ihren Arzt!

Wollen Sie also wieder gesund werden, dann vermeiden Sie jede Verzögerung und wenden Sie sich sofort an uns. Kein Geheimmittel, die Bestandteile sind auf jeder Packung angegeben. — Preis pro Packung RM. 7.—

MARNO LE MOULT, G. m. b. H., Magdeburg, Breiter Weg 160-62 (37)

RHEUMATISMUS

Lassen Sie uns Ihre Leiden heilen und Ihre Schmerzen beseitigen! Unsere Regin-Doppelkur hat noch nie versagt!

Unsere Freundschaft für alle, die an Rheuma, Gicht, Ischias, Nerven-, Muskel-, Kopfschmerzen usw. leiden! Gesundheit und Kraft wird Ihnen geboten, Ihnen und allen, die an geschwollenen Gliedern und Gelenken, akuten Schmerzen und all den anderen Übeln leiden, welche die Rheumatische mit sich bringt. Unsere Doppelkur ist die einzige, vollständige und dauerhafte Heilung und hat noch nie versagt! Geben Sie die Hoffnung nicht auf. Ich weiß sehr wohl, daß es für einen Leidenden sehr schwer ist, daran zu glauben, bis eine wirkliche Heilung möglich ist. Sie werden elend und niedergeschlagen, und kein Wunder auch bei den schrecklichen Schmerzen, die Sie zu ertragen haben.

Haben Sie Vertrauen zu uns, auch Sie werden wieder gesund.

Garantie-Kuren! Den vollen Betrag erhalten Sie zurück, falls Sie nach Verbrauch der vollen Kur nicht von Ihrem Leiden gänzlich befreit sind. Garantiechein für die von uns bezogenen Präparate liegt jeder Sendung bei. Schauen Sie sich die kleine Anzeige, wenn es sich um Ihre Gesundheit handelt, selbst wenn Sie bereits ein hohes Alter erreicht haben. Wir haben Tausende geheilt, warum nicht auch Sie! Unsere Doppelkur ist nicht schädlich und enthält keine Gifte. Keine Toxine oder Ähnliches! Preis RM. 6.50 gegen Nachnahme, bei Vorauszahlung des Betrages erfolgt der Versand sofort. Der Versand der Präparate erfolgt durch eine Apotheke. — Ärztliche Gutachten liegen jeder Sendung bei. Die Präparate und die eingehenden Bestellungen unterstehen der ständigen Kontrolle eines staatlich gepr. Apothekers und Chemikers.

Sommernachtsfahrt nach Helgoland

Tagesfahrten am 21., 22. und 25. Mai, nach besonderem Fahrplan

SEARCH G. III. D. 11.

Aus Bremen Stadt und Staat

Das „rote“ Volksbegehren
Beteiligung mangelhaft

Die ersten beiden Einginnungstage für das von der KPD. initiierte Volksbegehren auf Auflösung der bremischen Bürgerchaft sind vorbei. Das bis jetzt vorliegende Ergebnis ist im wahren Sinne des Wortes mehr als kümmerlich. Während am ersten Einginnungstage in der Stadt Bremen immerhin noch 625 Personen sich eintrugen, sank die Zahl am zweiten Tage bereits auf 478. In Bremerhaven waren die Zahlen 190 und 106, und in Begehal haben sich überhaupt nur 35 Personen beteiligt. In den vierzehn Landgemeinden des Staatsgebietes trugen sich 3 (drei) Personen ein. Insgesamt hat also an beiden Tagen das rote Volksbegehren nur 1437 Anhänger gefunden. Bekanntlich sind 50 000 Stimmen erforderlich, wenn der Volksbegehren Erfolg beschieden sein soll. Die Einginnungssfrist läuft bis zum 22. Mai ein schließlich. Die Agitationsarbeiten der KPD. sind durch das passive Verhalten der NSDAP. wieder einmal glänzend gescheitert. Die Bremer Kommune wird sich wohl oder übel einen neuen Trial ausdenken müssen, durch den sie ihre Wähler „massen“ notwendig zusammenfäßt.

Große Schleuse frei für Verkehr!

Die Werkschiffahrt im April

Der Verkehr der Weser war im April infolge von Niedrigständen wesentlich günstiger als im Vormonat, in dem an keinem Tage der Verkehr ohne Einschränkung der Ladefähigkeit der Fahrzeuge möglich war. Auf der Oberweser konnten die 1, 55 Meter tauchenden Rähne von 8. bis 23. April, also an 16 Tagen, voll besetzt werden. Auf der Mittelweser verzeichnete nur der 1. noch einen um etwa 45 Zentimeter unter der Vollschiffahrtsgrenze liegenden Stand. An drei weiteren Tagen im Monatsanfang wurde diese Grenze nicht ganz erreicht. Vollschiffahrt bestand somit an 26 Tagen. Die theoretischen monatlichen Durchschiffahrtstouren stellten sich für die Oberweser auf 2,03 m (1,09 m im März) und für die Mittelweser auf 2,69 m (1,43 m). Im Durchgang durch die Bremer Schleuse, in der seit dem 17. nach geschäftlichen Reparaturarbeiten an der großen Schleuse vor Bremen wieder beide Schleusen dem Verkehr zur Verfügung stehen, war die Gütermenge erheblich größer als im Vormonat. In beiden Richtungen zusammen wurden 141 900 t befördert, oder rund 46 000 t mehr. Auch der April v. J. wurde um rund 25 000 t übertritten. Gegenüber dem Vormonat kamen talwärts mit 97 300 t infolge härterer Kälten, Kees- und Sandtransporte 27 800 t mehr zur Verfrachtung und im Vergleich stieg die Gütermenge mit 44 600 t um 18 100 t in der Hauptfläche durch größere Getreidebeförderungen. Trotz dieser günstigeren

Nordwolle-Werk Langensalza
verkauft

In der Abwicklung der Nordwolle-Konkursmasse ist nach der Bereinigung des Neubau-Komplexes ein weiterer Teilabschluß erreicht worden. Es ist gelungen, das jetzt stillliegende Werk Langensalza aus der Konkursmasse zu lösen und an eine Gruppe zu veräußern, die ihren Sitz im Gebiet von Cuxen hat. Es soll sich dabei um ein deutsches Unternehmen handeln. Das Werk Langensalza bleibt selbstständig, auch die Werksleitung soll mit Deutschen besetzt bleiben, da sonst die preussische Regierung die Zustimmung zum Verkauf verweigert haben würde. Das Werk, das mit 19 000 Spin- neln ausgestattet ist, soll wieder in Betrieb gesetzt werden. Die staatlichen Stellen und

auch die Gemeindeverwaltung in Langensalza haben erhebliche Konzessionen auf steuerlichem Gebiete gemacht. Bei dem Kaufpreis, der zwischen 500 000 und 750 000 Reichsmark liegen soll, ist bemerkenswert, daß es gelungen ist, gegen diesen Kaufpreis Forderungen ausländischer Gläubiger an die Masse in erheblich größerem Umfang auszureichen. Wahrscheinlich wird es sich dabei um die Zugrundelegung der voraussichtlichen Zwangsvergleichsquote von etwa 20 v. H. handeln. Durch diese Verringerung verringert sich die Verlustquote des Status, und die Quote für die Gläubiger wird in stärkerem Maße günstig beeinflusst, als wenn dieser Verkauf durch eine Bartransaktion erfolgt wäre.

Entwicklung im April ergibt die Gesamtmenge in dem ganzen bisherigen Zeitraum dieses Jahres noch einen erheblichen Rückgang gegenüber dem Vorjahre. In den Monaten Januar-April 1932 wurden nämlich in beiden Richtungen nur 391 000 t befördert. Das sind 79 300 t oder 17 v. H. weniger als in 1931. Den Verlust trägt der Talverkehr, der nur 273 700 t erreichte oder 97 700 t gleich 26 v. H. weniger. Alle Güter weisen Rückgänge auf, insbesondere Kees und Sand (— 37 500 t), Kohlen (— 26 400 t) und Stahl und Sand (— 22 600 t). In der Bergfahrt übertraf dagegen die Gütermenge mit 117 300 t das Vorjahr um 18 400 t oder 10 v. H., und zwar durch den oben erwähnten Mehrverkehr im April.

Der Sonderzug zum Hinfahrt in Oldenburg fährt Sonntag vormittag 12.10 Uhr ab Bremen Hauptbahnhof. Ankunft in Oldenburg 13.35 Uhr. Rückfahrt ab Oldenburg-Bahnhof 20.30 Uhr. Ankunft Bremen-Hauptbahnhof 21.45 Uhr. Der Fahrpreis ist insgesamt 2.30 RM. Fahrkarten sind ab Sonnabend morgen Bremen-Hauptbahnhof, Schalter 2, erhältlich.

50 000 RM. für die Unterweser. Nach einer uns aus Berlin zugehenden Meldung sind im Haushalt des Reichsverkehrsministeriums für das laufende Rechnungsjahr 50 000 RM. für die Einfassung des Moortriener-Außendeichs eingeplant worden. Man will mit diesem Betrag die Kosten bestreiten, die erforderlich sind, um die durch gewisse Sogwirkung hervorgerufenen Schäden am linken Ufer der Unterweser auszugleichen.

Größung der Stadion-Badenanstalt. Die große Stadion-Badenanstalt am Osterdeich ist eröffnet und jeden Tag, auch Sonntags, von 6 Uhr an ununterbrochen, also ohne Mittagspause, bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet. Es gibt keine Einschränkungen oder Beschränkungen in den Badezeiten für Damen und Herren, sondern jede und jeder kann zu jeder Zeit das Bad benutzen. Das Stadion-Bad stellt mit seinen hygienischen, sanitären Einrichtungen das schönste Freibad Bremens dar. Die Wasserzufuhr erfolgt direkt von der Weser aus und zwar wird das Wasser etwa drei Meter unter der Oberfläche bei Flut abgenommen; auf diese Weise ist Gewähr für völlig reines Wasser gegeben. Das Becken selber stellt mit seinen 100 Meter Länge und 30 Meter Breite ein Ries-Bassin dar, dessen Inhalt durch täglichen Zu- und Abfluß sich in wenigen Tagen immer von neuem ergänzt. In den Vormittagsstunden erteilt die Stadion-Sport- und Gymnastik-Lehrerin an das Badepublikum Gymnastik-Unterricht, tagsüber wird Schwimunterricht erteilt, und an Damen und Herren werden auch Ausflugsfahrten an der Badestelle und unter Panja 406 73 (Stadion-Verwaltung).

40 Jahre bei der Deutschen Reichspost. Bei dem stellvertretenden Amtsvorsteher des Telegraphenbureauis Bremen, Postamtman Koerner, jährte sich am 18. Mai zum 40. Male der Tag, an dem er als junger Beamter in den Dienst der deutschen Reichspost trat. Postamtman Koerner, in bewundernswürdiger jugendlicher Frische, wurde am 1. Juli 1931 von der Oberpostdirektion Münster in Westfalen hierher versetzt. Sein höchster Wunsch, seine letzten Dienstjahre in einer seiner ostfriesischen Heimat verbrachten, wurde durch die Umstände, die ihn hierher führten, erfüllt. Trotz seines kurzen Dienstes,

hat Herr Postamtman Koerner es verstanden, sich die Werkschiffahrt seiner Vorgesetzten und darüber hinaus das Vertrauen und die Achtung seiner Mitarbeiter und des Arbeiterpersonals zu erwerben. Neben der Behördenleiter sowohl als auch eine Vertretung der Mitarbeiter, haben es sich daher nicht nehmen lassen, diesem geschätzten Jubilar auch im Namen der Oberpostdirektion Bremen, die herzlichsten Glückwünsche mündlich zu übermitteln. Wir schließen uns diesen Wünschen gerne an, besonders, weil Postamtman Koerner sich zeitweise durch Unbefähigkeit, Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein auszeichnet hat.

„Union“-Kulturbüchse

„Weltakt in Fingelfahren“

Kulturfilme sollen fern- und Sehsfilme sein. Gesehen hätte uns Heinrich Bauer mit anbrechenden Aufnahmen in die Weltakt (Schlag), die Stadt der Fingelfahrt am laufenden Band, der „Coops“, des Triumphes der Maschine und der Technik. Doch wie haben auch die Schreier! Das jammervolle Gend einer modernen Welt, das Fing der „Weltakt in Fingelfahren“, ein typisches Ereignis und ein leeres Nichts. Hier können sich nur Weltbürger glücklich fühlen. Dem Volksgeliebten in unserer deutschen Heimat galt eine Silberhochzeit im Vorprogramm. Ein Vergleich beider Filme und der Deutsche weiß, was ihm die Heimat ist. —in.

St. Petri-Dom. Am Sonntag, 22. Mai, findet wieder ein Sonntagsfest (Hölg. St. Dr. Bedenmann) statt. Die Domgemeinde veranlaßt sich um 10 Uhr im Hof des Hauses St. Petri an der Bismarckstraße, nimmt dort an Gottesdienst teil und fährt anschließend mit Autos nach Vahren. Hier in Vahren Aufführungen und Spiele. Rückfahrt gegen 23 Uhr. Fahrpreis für Eins- und Rückfahrt 0,75 RM. Auch befreundete Jugend ist herzlich eingeladen. Anmeldungen im Pfarrhaus, Domscheide 1.

Lust- und Seepferdchenföhrung nach und von America, Patete mit Schleuderflügen. Im Sommer 1932 verkehren wieder Reichspostliche (Nachbringeflüge) von Köln nach Eberburg, die den Dampfern „Bremen“, „Europa“ und „Columbus“ Spätlingspost zuführen. Auch die Vorausflüge (Schleuderflüge) von der „Bremen“ und der „Europa“ nach New York, in Richtung Europa nach Southampton, sind wieder eingerichtet. Befördert werden gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen und Patete beschränkter Ausmaße. Nachbringeflüge ab Köln 10 Uhr, an Eberburg 14.30 Uhr, am 19. 5., 21. 5., 31. 5., Schleuderflüge nach New York 27. 5. und 2. 6., nach Southampton 18./19. 5., 25./26. 5. und 4./5. 6. Zeitgewinn durch Benützung der Nachbringeflüge bis zu drei Tagen (durch Erreichung eines früheren Dampfers), der Schleuderflüge nach New York 1 Tag, beider Flüge zu

Lützow und seine Schwarze Schar

Zum 150. Geburtstag des Freiherrn von Lützow

Ein einziger Gottesacker nur, heute umhüllt von weltstädtischer Unrast; „Friedhof der Garnisonische 1722“ steht über dem Eingangstor, und auf dem Stein, der das schlichte Grab ziert, die Worte: „Dem deutschen Mann, stark, treu und fei, tapfer und unerschütterlich im Sturm der Zeiten.“ Wie eine Mahnung in die Stürme der heutigen Zeit ruft es das Mal, das die letzte Ruhestätte des Freiherrn von Lützow bewacht, des Führers des im Gedächtnis der Nation unsterblich gewordenen Freikorps aus den Freiheitskriegen.

Selten hat eine Zeit in Deutschland eine größere Anzahl bedeutender Männer hervorgebracht, die der Nation Eroberer und Führer zu dem großen Werk der Befreiung wurden, als die Zeit des Kampfes durch den Korier. Unter ihnen einer der hervor- stehenden ist Lützow. Wie er war, hat es in Preussens Heeren zu jeder Zeit tausende Offiziere gegeben; wie er haben sie alle die Tugenden des preussischen Offiziers so rein und gesammelt in sich gehabt; wie er hatten die meisten von ihnen auch das Organisations-talent, das ihn befähigte, die Schwarze Schar zu bilden und zu führen. Und doch mußte noch etwas anderes in diesem Mann stecken, daß sein Name von den Freiheitskriegen an leuchtend vor dem Bewußtsein der Nation steht. Selbst außer den Taten seiner Schar, die die einst wie heute getreue und hoffnungsarme Nation mit den gewaltigen Leistungen von 1813 hinauf, sind es noch eine Reihe anderer Dinge gewesen, die Lützow aus den tausenden herausgehoben und in die vorderste Reihe der Kämpfer aller Zeiten um die Freiheit der Nation einreihen. Die Taten konnten nur den Glanz noch strahlender machen; das Große war die Schöpfung des Freikorps in dem Gedanken der Einheit Deutschlands. Ausgegangen war dieser Gedanke von der Lat Nord's in Luroggen.

Es gab nicht nur den Anlaß zur Begründung des Freikorps, mehr noch kam er bei der Zeit der Verwendung zum Ausdruck.

Zu Beginn des Jahres 1813 hatte König Friedrich Wilhelm III. jenen Aufruf erlassen: „Die Jugend Meines Volkes rüfte sich zum Schutze des Vaterlandes.“ Mit einer der ersten auf dem Plan war der frühere Major von Lützow, der mit so vielen anderen 1808 seine Entlassung genommen hatte, weil er nicht für den Korier hatte kämpfen wollen. Dann war er bei dem Unternehmen Schiffs gewesen, hatte im Gefecht bei Stargard seine erste Verwundung, dann bei Dödenburg seine zweite heimge- bracht. Einer seiner Getreuen hat ihn so geschildert: „... mit seiner solbatischen Munterheit ließ er an seinen Binden hängen, was zu seinen ging, hummelte und blies schiefhändig, aber zu Pferde, da sah man ihm nichts an, und so wars, als er noch ein Duzend Wunden mehr hatte, an denen ein anderer wohl zweimal genug gehabt.“ Dieser Lützow war es, der auf das Königs- ruf herbeieilte und der König bat, ihm die Bildung eines Freikorps zu erlauben. Am 18. Februar 1813 hatte er das königliche Schriftstück in der Hand, das ihm auftrug, „ein Freikorps vornehmlich aus Ausländern anzustellen.“ Des Königs Bedingung war, daß die Mannschaften selbst durch Freiwillige anwerben, anstellen und remontieren, von Seiten des Staats also nichts geliefert werde, als die Waffen für diejenigen, welche sich selbst keine brauchbare Büchse und Kavallerie-Seitengewehr anschaffen können.“

Nach am gleichen Tage eröffnete Lützow im „Fotel zum Goldenen Zepher“ in Breslau das Werbebüro. Lebhafteste Unter- stützung fand er in seiner Werbekreis- licheit durch den Turnvater Ludwig Friedrich Jahn, der viele seiner Freunde und Sinnesge- nossen zum Eintreten bewegte, und besonders

durch seine Gattin Elise geborene Gräfin von Mlefeldt, und seine Brüder Leo und Wilhelm. Ein besonders glücklicher Umstand kam noch hinzu, als sich der inzwischen schon berühmte geborene Theodor Körner in seine Reihen einschreiben ließ. Dielem und Lützow war es zu danken, daß sich sehr schnell die Elite der gebildeten deutschen Jugend in reinem Idealismus und feurig- ster Begeisterung zum Aufstand und schon durch ihr bloßes Dasein auf den Geist der Nation einen ungemein starken Einfluß nahm.

Dann kam der 27. März 1813. In dem kleinen Dörfchen Rogan bei Zoben in Schle- sien drängten sie in das kleine Kirchlein, die sich unter dem Namen Lützow ver- schworen hatten, um vor ihrem ersten Waffenge- gang die Weihe aus Priesterhand zu erhal- ten. Dort erklang zum erstenmal das Fan- genlied Körners:

„Noch trauern wir im schwarzen Näch- er- leide
Um den gestorbenen Mut.
Doch fragt man euch, was dieses Not
bedeutet,
Das deutet Frankenblut!“

Dann zog die Schwarze Schar hinaus, um den Gedanken seines Schöpfers und Führers wahr zu machen: In Streifzügen sollten sie durch alle Gauen Deutschlands fliegen, be- sonders in Mitteldeutschland, kämpfend mit Säbel und Büchse, aber erst recht mit des Geistes Feuerwaffe, die Jugend ganz Deutschlands entflammen und begeistern zum allgemeinen, flammenden Kampf um Freiheit. Schon deshalb konnten sie ja des Koriers besonderer Mut sicher sein. Und wie war es dann bei Rügen am 17. Juni? Lützow hatte die Plänen verpätet die Nach- richt von dem Waffenstillstand erhalten, und während er noch trachtete, mit seiner Schar schnell hinter die Demarkationslinie zu kom- men, wurde er bei Rügen von dem Truppen- fehr des französischen Generals Fournier und des württembergischen Majors von Normann umstellt. Als Lützow sitzend mit

Fournier direkt verhandeln wollte und sich auf den Waffenstillstand berief, da brüllte der Franzose wutstöhnend: „Für alle Waf- fenstillstand, für Sie aber nicht, Herr!“ Und schneidete übermüdet fiel über die sich ver- zweitelt wehende Schar her. Lützow selbst wurde schwer verwundet, auch Körner ent- kam nur mit schweren Wunden aus dem Gemetzel, in dem fast die ganze Schar auf- gerieben wurde.

Vorunter die „witze, verwegene Jagd“ aber noch mehr zu leiden hatte, als unter den Augen und Säbelhieben des Feindes, das war die Teilnahmelosigkeit, der sie sich überall gegenübergestellt fanden. Wohl schlugen überall in Preußen, wo die Lützower hinkamen, sofort die besten Feuer der Be- geisterung auf, aber außerhalb Preußens blieb die Wirklichkeit weit hinter den Erwä- rungen zurück. Aus dem Volksthor von 80 000 bis 100 000 Mann, von dem Jahr geschwächt, waren nur 2800 Mann zu Fuß und 480 Reiter geworden. Und sie selbst wurden bei Rügen fast vollständig aufgerie- ben. Dann aber, als das Korps zum Aufstand und der Wallmohndischen Arme beigegeben war, erwarben sich die Schwarzen Jäger unter ihres Lützow Führung neuerlich den Ruhm kühner Verwegenheit, als es zu dem Gefecht an der Göhrde kam, am 16. Sep- tember, wo Lützow selbst schwer verwundet wurde. Theodor Körner freilich war nicht mehr unter ihnen; am Tag von Gadebusch im August hatte den Dichter des Schwert- liedes „ein Hauch zu morgenroten Höhen“ getragen.

Das letztmal schlug sich Lützow in der Schlacht von Wigny, wo er auf Wignys Befehl ein französisches Barre angriff. Zum zweitenmal geriet er in französische Ge- fangenschaft, aus der ihn erst Belle-Alliance befreite. Nach langer Freiheitsarbeit in Berlin, Münster und Torgau fand General- major d. D. Adolph Wilhelm Freiherr von Lützow am 6. Dezember 1834 in Berlin im Alter von erst 52 Jahren.

Eine schien hübscher als die andere.
(Fortsetzung folgt.)

Kampf der Jugend

Wie wirbst Du für Hitler?

Politische Propaganda in Deutschland muß heute um Wappen kämpfen, die kein eigenes Gesicht mehr haben. Erst unter Kampf drückt ihnen den nationalsozialistischen Stempel auf. Das typische Kampfmittel ist die Versammlung, die Einwirkung des gesprochenen Wortes auf die zusammengeballte Masse der Versammlungsbesucher.

Propagandarbeit in der deutschen Jugend ist anders gestaltet.

Die deutschen Jungen und Mädchen sind zum größten Teil noch nicht abgeschult und zur Masse geworden. Jeder trägt noch eigene Gedanken und eigenes Wissen mit. Er hat noch nicht die zahllosen Enttäuschungen hinter sich, die der stumpfste Verrat von anderthalb Dutzend Parteien ihm bereitet.

Das geprobene Wort ist auch hier das beste Werbemittel. Aber nicht nur in der Versammlung, sondern vor allem in der Einzelarbeit. Die nationalsozialistische Jugendversammlung ist die Krönung der Arbeit; vorher liegt der Kleinkampf.

Nimm Dir einen vor, einen, der aufricht und hart für eine andere Sache kämpft, oder einen, der weich und gedanklos nichts von Politik wissen will. Du erzählst ihm von unserem Kampf; von schweren Versammlungen und froher Fahrt, von Heimabenden und vom Aufbruch. Nimm Flugblätter von uns mit, gib ihm eine Zeitung, laß ihn eine Schrift oder eine Broschüre lesen. Seine Hauptlinien wiederholt Du ihm; wenn er sich an einer Entscheidung vorbeibrühen will, herrst Du ihm die Auskunft ab.

Es geht nicht immer auf Anhieb! Allenfalls dahinter! Nicht loslassen! Täglich arbeiten Du; jede Woche und jeden Monat. Du darfst nicht nachlassen. Einmal wird er bestimmt unser Mitkämpfer, wenn er überhaupt einen Tropfen reinen Wintes hat.

Wende Dich nicht heraus und erkläre, Du müdest das nicht. Das kann jeder! Jeder von uns hat die Fähigkeit, den Freund, den Schul- und Arbeitskameraden zu gewinnen. Jede Fähigkeit ist nicht einmal das Wichtigste! Sei in jedem Augenblick Nazi und er kommt bestimmt. Du sollst ihn ja nicht überreden, sondern überzeugen. Beweise ihm durch Deine Haltung und durch Dein Verhalten in jeder Lage, daß Du Nationalsozialist bist. Jeder NS-Junge ist Propagandist. Jeder hat eine Gelsenheit zu werben, aufzuklären. Jede Gasse persönlich ein im Kampf, und der kämpferische Staat wird eines Tages aus Gasse die Kämpfer gewinnen, die Deutschland hart und keil machen.

Die Bünde

In demselben Maße, wie die deutsche Jugend aller Väter zu Adolf Hitler hinüber, gleich eine innere Umwandlung der Bünde, die eine überpolitische Einstellung auf ihre Bahnen geleitet hatten. Diese überpolitische Richtung war entstanden aus dem Haß gegen

alle Parteien, von den Sozialdemokraten angefangen bis zu den Sozialnationalen. Die Jugend — in den Bünden war wirklich der beste und reinste Teil der deutschen Jugend organisiert — erkannte sehr gut, daß es diesen Parteien nicht um die Jugend selbst, sondern nur um die Einpannung der Jugend für die Geschäfte der Alten ging. Geheimrat Eucken sagte kürzlich: „Laßt Jugend herein!“

Diese Einstellung der gerissenen Geschäftsmänner durchdrang die Jugend, wandte sich ab von ihnen. Sie beging aber den Fehler, Parteischacher mit Politik zu verwechseln. Und diese Verwechslung wurde den Bünden zum Verhängnis. Die Ablehnung der Schacherpolitik war richtig, die Ablehnung jeder Politik aber ein Verbrechen an der Zukunft, denn eine unpolitische Jugend konnte immer wieder von den alten Parteien mißbraucht werden, nur eine Jugend, die in den großen Fragen der Politik geklärt ist, kann ihre Forderungen durchsetzen.

Wir hassen das System

Von Bert Bennenwiz, Gauführer der NSJ.

Wir stehen heute vor der erschütternden Tatsache, daß ein System in Deutschland regiert, das keine Jugend hinter sich hat, das ein System des Alters ist. Erschütternd ist diese Tatsache darum, weil es an und für sich leicht ist, die Jugend für eine Idee zu fesseln, als das Alter.

Der Staat, der wahre Staat, nicht der Nachwächterstaat, verlangt von seinen Bürgern Opfer. Die Verträge Staat und Opfer sind nicht zu trennen. Der Staat, als die Organisation des Volkswillens, der Volksgemeinschaft, kann und muß Opfer fordern, Opfer an Geld und Blut. Wer ist er bereit, Opfer zu bringen — die Jugend oder das Alter?

Die Jugend, die die Maßstäbe des Alters verachtet, deren Maßstab nicht das Geld, der

Als Adolf Hitler daran ging, die Macht zu erobern, erkannte ein großer Teil der bündigen Führer nicht, daß das keine Nachahmung der alten Parteien war, sondern eine Volksbewegung, die Kampfbewegung der deutschen Jugend. Sie zogen sich hinter ihre Unpolitischkeit zurück und glaubten, weiter ungehört in ihrer Romantik leben zu können. Aber der Nationalsozialismus drang ein, fand Kämpfer in den Bünden, Jungen, die ihre Verantwortung vor der Geschichte höher stellten als die Treue zu ihrem Bundesführer.

Heute, wo der große Aufbruch sich vollzieht, wo der Nationalsozialismus die letzten Reserven sammelt, heute sind die Bünde ein Hindernis. Das System freut sich über jeden Jungen, der noch „unpolitisch“ ist, denn er ist doch politisch im Sinne des Systems, er hemmt den Siegeslauf Adolf Hitlers.

Heute heißt es für die Bünde Verbrennen die alten Formen, steht nicht abet, hinein in den Kampf!

Was wir wollen

Sprechchor der NSJ.

Wir wollen es sollen
Im Deutschland der Zukunft
Die Freiheit der Arbeit
Die Freiheit der Seele
Die Herrscher sein!

Wir wollen es sollen
Die Feinde des Volkes
Für welches wir leben
Für das wir einst sterben
Für ewige Zeiten
Entrecht sein.

Wir singen und ringen
Aus sehnenenden Herzen
Mit schaffenden Händen
Und gärendem Blute
Für unser Volk!

Wir schaffen mit Waffen
Die heiligen Wollen
Zum Kampf uns verkleben
Aus sterbenden Trümmern
Den Staat unserer Sehnsucht
Das Dritte Reich!

men hat, das ertragen wir nicht. Die Ehre hat man uns genommen, als man in Versailles ein Friedensdiktat unterschrieb, in dem Deutschland seine alleinige Schuld am Kriege anerkennt. Das war ein Schlag ins Gesicht der zwei Millionen Toten des Weltkrieges, unserer Väter und Brüder, deren Vermächtnis wir übernommen haben. Und die Freiheit hat man uns genommen, als man einen Wech-

Treibt Wehesport!

fel auf 58 Jahre unterschrieb, einen Wechsel, von dem man wußte, daß man ihn nicht einlösen kann.

Herr v. Hindenburg sprach in jenen Tagen, in seinem Aufbruch an das deutsche Volk davon, daß alle Opfer bringen müßten. Er versah hinaufzusehen, wußte diese Opfer gebracht werden. Die deutsche Jugend ist bereit, ihr Leben für die Freiheit und die Ehre des Volkes in die Schanze zu schlagen. Sie ist aber nicht bereit, auch nur einen einzigen Pfennig beizugeben zur Stützung dieses Systems. All die Versprechungen, die die Jugend von diesem System erduldet hat, hat sie willig ertragen im Glauben an ihre Sendung und an ihr Recht. Denn das System wird einmal, muß einmal zusammenbrechen: an Altersschwäche! Dann wird der Tag gekommen sein, an dem die deutsche Jugend sich ihren Staat schafft, einen Staat, in dem ihre Opfer wieder Sinn haben und den sie mit ihrem Leben deden wird, den Staat unter Führung

Adolf Hitlers.

Fahrten-Lied

Nachlässig auf silbernen Rossen
Reiten wir Krieger des Volkes,
Göttlicher Erde entpfeifen,
Söhne des nordischen Volkes.

Fern an des Nordlands Gestaden
Ziehen wir schweigend einher,
Gräßen auf heimlichen Pfaden
Eilen am rauschenden Meer.

Tönt dann in mächtigem Getöse
Unseres Führers Ruf:
Liebten Germaniens Söhne,
Die Gott zum Kampfe ersuch.

Rufen, Verachtmelnschiffen
Auf des Kamerads Grab —
Und wir anderen stehen
Weiter und weiter im Trab.

Zusammenbruch in Ungarn Hitlerjugends auf Großfahrt

Seben Kilometer vor Szeged liegen wir. Regen, im elementaren Sinn des Wortes, füllt den trübenden Schmelz vor der glühenden Pfistsonne, und wenn wir den gefunden haben, machen ihn uns laufende von Fischen freit.

„Derr, laß es Abend werden, Morgen wird's von alleine“, ist unser Strohgebet. Und mancher steht im Stillen hinaus: „Und wenn du das Maß Deiner Güte voll machen willst, dann laßte ein Vakuum, das uns noch Respekt einträgt.“ Das ist die Stadt, bis zu der wir noch marschieren sollen, zwei, höchstens drei Nachtmärsche, mit ganzen zehn Pausen, etwa sechs Marsch, für die gesamte Zeit bemessen. Keine Ausnahmen! Dabei haben wir nur einen Nachtzug in Szeged hinter uns, und haben vorher 100 Kilometer nur durch die Puszta in drei Nachtmärschen erlebt. Die Stimmung ist unter aller Kanone, der Chef muß in Szeged seine Weinverteilung zurücknehmen. Woll hat hat die Koll, die reißend geht, gepackt. Alle fünf Minuten laut er ab ins Weisfeld. Aber es ruht nichts: 7 Uhr! Affen auf, Feldschlösschen, los! Mindestens 35 Kilometer müssen in dieser Nacht erledigt werden!

Und es geht in den finsternen Abend hinein. Zu unserer linken sinkt die Sonne tiefer und tiefer, vor uns dehnt sich im Abendglanz die unendliche Puszta, diese Puszta, die uns so viel zu schaffen gemacht hat, und von der wir doch wissen, daß sie uns nie mehr loslassen wird, daß sie immer unsere Sehnsucht bleiben wird. In ihrer Weite, mit ihren Gleichbrünnern, ihren Herden, und ihren Muttersternbildern.

Die Nacht ist ziemlich schnell gekommen, bald haben wir die ersten 10 Kilometer hinter uns. Feldschlösschen heraus. Es ist immer noch sehr heiß. Wir liegen in dem Strohegraben hingegossen und dösen etwas. Mäßig ratiert es in der Ferne, Lichter glücken auf, dann rast ein leuchtendes Band vorüber: Der Orientexpress. Begegnung in der Puszta...

Weiter, weiter, durch ein schlafendes Dorf, in dem nur die Hunde lärmern, als wir durchzogen. Weiter, weiter...

Es geht nicht mehr. Der Strohegraben hat eine solche Anziehungskraft, nur nicht mehr marschieren, nur sich hinlegen dürfen, den Affen herunter, und pausen...

Wir merken uns hin: nur drei Stunden sollten es werden. Dann sollten wir auf Aufzug, die ganze Schicht nach Respekt fahren. Die Bande verfrachtet sich schnell in die Schlafkutsche, übernehme mit Ernst die erste Nachtwache. Ernst ist unser Wache, alter Fahrersmann, immer besser Kamerad seit vier Jahren. Wir liegen etwas abseits von den anderen und harren in den Mond, der überlebensgroß über den Rand des Strohegrabens aus einem Fliegenbusch aufleuchtet. Wir klagen von den Nächten, die wir zusammen am Feuer verträumt haben, von Lustauffahrten im Dienste der Bewegung, von frohen und schlimmen Tagen...

Gleichmäßig steigt der Mond, wird immer kleiner, die Zeit vergeht, wir werden die Auflösung. Aus den drei Stunden wurden fünf. Wir raffen uns auf. Es muß doch gehen! Wir wanken wieder los, kloßen Kilometer um Kilometer ab. „Der Weg zurück, frei nach Remarque“, sagte Ernst ironisch und knipste die Bande von hinten. Wir kommen am Kilometerstein 150 vorbei. Noch 150 Kilometer bis

Budapest! „Achtung, Parade marsch!“ Die Hand an der schweißverklebten Wange geht es zackig daran vorbei, die die Knochenschirre fesseln.

Wir müssen immer wieder Rast machen. Uebermüdung und mangelhafte Verpflegung find daran schuld. — Es ist kein Wunder, daß die Leistungen nachlassen, wenn unsere Hauptnahrung seit drei Wochen aus Brot und Tomaten besteht.

Bis auf drei Kilometer kommen wir an die nächste Wagnation heran, dann ist es wieder einmal aus. Nach fünf Minuten schläft die ganze Bande bereits, die Pustafonne flüht nicht, Uebermüdung!

Es ist aus, wir kommen nicht weiter, der Marsch nach Respekt muß aufgegeben werden. Eine Stunde brauchen wir für die drei Kilometer bis ins Dorf. Dort lassen wir uns in der Schule Quartier geben, haben uns hin, nur ausruhen. Das Wasser ist unrein, schmeckt wie Jause, ganz gleich, nur trinken. Ernst fährt nach Szeged zurück, holt den Chef und Geld.

Am anderen Morgen fahren wir auf der Bahn nach Budapest, der Heimal entgegen. Und doch: Gefangene der Puszta...

Jungens an der Arbeit

„Also pünktlich!“ — „Jawohl!“ Nach Hause, die letzten Vorbereitungen treffen. Der Reim muß noch eingeübt werden, alte Handbücher herausnehmen, damit die Hände beim Weisematerial liefern, Plakate abgeben. Uebermorgen ist Versammlung, Jugendfundgebung! Als die NSJ vor 5 Wochen eine machte, daß sie sehr stürblich ihre Plakate bei der Stadt ab, besaßte immense Gel-

der dafür, und am anderen Tage ließen sie dann auch an den Plakatsäulen. Es geht aber auch anders! Man kann sich doch mal eine Nacht um die Ohren hauen, um der Stadt die Mühe des Plakatschens abzunehmen, nicht wahr? Und das Geld, was wir für das beschädigte Leben bezahlen müssen, kommt unserem Kampfschatz zum mindesten ebenso zu fluten.

Um 2 Uhr geht es los. Am Bahnhof ist noch Verkehr — großer Regen darum! Aber die Bunde dort an den Gleisen, das ist etwas für uns. Zwei Mann Schmiere, einer schmeißt den Stein auf die Wand, der vierte flüchtet das Plakat darauf. Himmel, da kommt ein Mann. Bangsam gehe ich auf ihn zu, ganz harmloser Nachwächler. Zigarette heraus: „Dürfte ich vielleicht ein Feuer bitten?“ Er lacht seine Zähe durch, findet Streichhölzer. Ich bediene mich, aber so dämlich, daß ich drei Streichhölzer brauche. Ein Pfiff. „Danke vielmals!“ Weg bin ich, der Mann geht weiter, ich beobachte aus einer Hausdecke, wie er unter frisches Plakat liegt, den Kopf schüttelt, sich umsieht und weiter geht.

Wir haben fast alle Plakate geklebt. Da hätten sie uns doch bald gekriegt. Und das kam so: Jetzt steht Schmiere, in den Eingang eines großen Hauses geklimmt. Pöhllich wird vor ihm das Plakat hell, hinter Klappen, Männerstimmen brüllen, Frauenstimmen keifen. „Ansehung!“ „Politik anrufen!“ „Ja, ja, das darf man natürlich nicht tun —“ „Ich nämlich nicht um drei Uhr an die Kline gek legen. Nicht verduffert schwebend und was mit ihm. Unsere Arbeit ist getan.“

Die Versammlung an einem Tag ein voller Erfolg. Wen.

Geht Brüning nach Canossa?

Die Auspizien von Lausanne

Anerkennung der Verquickung von Tributen und interalliierten Schulden — Festhalten am Goldstandard —
Anerkennung der finanziellen Vormacht Frankreichs — Keine Front gegen die französischen Donaupläne

Von * * *

(Ein hervorragender Wirtschaftskenner der Reichshauptstadt stellt uns folgende außerordentlich bedeutende Ausführungen zur Verfügung.)

Die Situation, die durch den Eintritt des Reichswehrministers Brüning in das Kabinett entstanden ist, hat nicht nur die gesamte Tagespresse, sondern auch die französische Presse in größte Aufregung versetzt; handelt es sich doch darum, daß möglicherweise nicht mehr Brüning das Deutsche Reich auf der bevorstehenden Konferenz in Lausanne vertreten wird, sondern daß sich die Franzosen unter Umständen neuen Männern mit neuen Gedankengängen gegenüber sehen können. Ueber den Ausgang der Verhandlungen unter solchen Umständen besteht natürlich keinerlei Gewißheit, während man bei der Regierung Brüning, dank der Offenheit des Herrn Reichskanzlers bei seiner letzten Rede im Reichstag, die in dieser Beziehung nichts zu wünschen übrig ließ, sich über den Ablauf der Verhandlungen und den Verhandlungsgegner ein klares Bild machen kann. Der Herr Reichskanzler stellte in seiner Rede, wie bekannt, die These auf, daß die Reparationen und Reparationen und allgemeine Weltkrisis, drei nicht voneinander zu trennende, sondern eng miteinander verknüpfte Probleme seien. — Die Frage der Abrüstung soll in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden, wohl aber wurde einiges über die beiden anderen Fragen zu sagen.

Der Herr Reichskanzler betonte mit allem Nachdruck den bereits im Februar d. J. von ihm präzipierten deutschen Standpunkt, wonach Deutschland nicht in der Lage wäre, Reparationen zu zahlen, und fügte anschließend hinzu, daß lediglich eine völlige Erreichung sämtlicher politischen Schulden aller Länder eine Rettung aus der augenblicklichen Lage bringen könnte. Er führte ferner an: „Niemand wird behaupten wollen, daß es ein Unfall sei, daß sich das Gold der Welt in den beiden Ländern, die in dem System der politischen Verquickung die Hauptgläubiger sind, angesammelt hat, und daß das einzige Schuldnerland in diesem System so vom Gold entblüßt worden ist, daß es die notwendigen Eingriffe in seinen Zahlungsberechtigungen nicht vornehmen mußte, um seine Währung intakt zu halten.“ Dieser Hinweis auf die Goldsammlungen in Frankreich und Amerika läßt unwillkürlich die Frage aufsteigen, ob etwa die Reichsregierung sich den französischen Standpunkt der

Verquickung von interalliierten Schulden und Tributen

gegen den bekanntlich die Amerikaner auf das Entscheidende und bisher mit Erfolg protestiert haben, zu eigen gemacht haben sollte. Es muß festgehalten werden, daß das Deutsche Reich mit den interalliierten Schulden nichts zu tun hat. Diese Schulden sind während des Krieges bei den Vereinigten Staaten aufgenommen worden und über die Rückzahlungen dieser Verpflichtungen sind zwischen den einzelnen Schuldnerländern und den Vereinigten Staaten von Amerika gesonderte Abmachungen getroffen worden, auf die das Deutsche Reich keinerlei Einfluß hatte. Die Franzosen haben bekanntlich während der Verhandlungen über den Young-Plan es immer wieder versucht, eine Verquickung zwischen ihren Zahlungsvorgaben und der Ver. Staaten und den Reparationen herbeizuführen und bekanntlich läßt der Young-Plan darauf hinaus, daß England nur soweit an Reparationszahlungen von uns empfängt, als es an Amerika zahlen muß. Frankreich dagegen erhält über die Summe, die es an Amerika für seine Schuldentilgung und -tilgung zahlen muß, hinaus einen Betrag, der gewissermaßen angeblich als „Wiedergutmachung“ für die Kriegsschäden angesehen wird. Die Ver. Staaten haben sich nicht dem Young-Plan angeschlossen, sondern ein Sonderabkommen mit Deutschland getroffen. Im Young-Plan findet sich die Bestimmung, daß jede Zahlungs-erleichterung, die seitens der Amerikaner den interalliierten Gläubigern gewährt wird, automatisch eine Zahlungs-erleichterung für Deutschland bedeuten würde. Nicht berührt durch eine Zahlungs-erleichterung wird jedoch der an Frankreich zu zahlende überfällige Teil. Selbst es den Franzosen nicht gelungen ist, ihre Forderungen über die Verquickung von Reparationen und interalliierten Schulden bei den Amerikanern durchzusetzen, werden die Verträge der Einbeziehung Deutschlands in eine sogenannte europäische Front durch Frankreich nicht aufzuheben.

Es ist klar, daß die Frage vom französischen Standpunkt etwa folgendermaßen aussieht: Frankreich hat an dem Empfang der Reparationen nur indirektes Interesse, als es sich um den überfälligen Teil handelt.

Daß es auf diesen Teil zu verzichten bereit ist, dürfte zum mindesten zweifelhaft sein, es hat aber wohl ein Interesse daran, Deutschland in die sogenannte europäische Front gegen die Vereinigten Staaten hineinzubeziehen, da es bekanntlich besonders leicht ist, auf Kosten anderer den Wohlstand zu spielen.

Es muß nochmals wiederholt werden, durch die vom Herrn Reichskanzler gewählte Formulierung muß naturgemäß zum mindesten der Eindruck entstehen, als ob Deutschland nunmehr bereit wäre, sich dem französischen Standpunkt anzuschließen.

Mit dem, zum mindesten möglichen, Einschwenken in die französische Front ergibt sich naturgemäß, daß die Reichsregierung auf das dringendste am Goldstandard festhalten muß, denn

der Goldstandard

ist und bleibt für Frankreich der Hebel zur Fortsetzung seiner rücksichtslosen Machtpolitik.

Die Festlegung Englands vom Goldstandard hat der französischen imperialistischen Politik wohl den schwersten Schlag versetzt, von dem Frankreich nach dem Kriege getroffen wurde und die Bemühungen, England in der einen oder anderen Form zur Wahrung zum Goldstandard zu bewegen, haben bisher nicht aufgeführt; denn nur durch den Goldstandard ist die freie Übertragung von Kapital aus dem einen Land in das andere möglich und somit ein händiges Unterdrücken der Wirtschaft des Landes, in dem sich fremdes Kapital befindet. Die Folgen einer plötzlichen Zurückziehung der Auslandskapitalien, in diesem Falle der französischen Kapitalien, müssen jeder Regierung des betreffenden Schuldnerlandes vor die Frage stellen, ob sie den Weg der Lösung vom Golde wählen will, wie es neuerdings England tat, oder ob sie sich den politischen Wünschen des Gläubigerlandes fügen will, und auf die Möglichkeit dieses Druckes kommt es der französischen Politik an. — Die Frage des Goldes und die Frage der Gewährung von Krediten zu politischen Zwecken bekommt jedoch eine ganz besondere Bedeutung, wenn man die südeuropäischen Staaten —

das Donauproblem

betrachtet. Die Macht Frankreichs in diesen Staaten beruht fast ausschließlich darauf, daß Frankreich diese Staaten in finanzielle Abhängigkeit von sich gebracht hat, d. h. diesen Staaten Anleihen gewährt hat und auch weiter zu gewähren gewillt ist, vorausgesetzt, daß dabei politische Vorteile zu erzielen sind. Ganz allgemein ist eine Kreditgewährung von Land zu Land jedoch nur dann möglich, wenn

entweder rege Handelsbeziehungen zwischen dem kreditgewährenden und dem kreditnehmenden Land bestehen, oder aber wenn das kreditnehmende Land sich mit der Hereinnahme von Gold begnügt, um auf Grund dieses Goldes innere Zahlungsmittel zu schaffen. Die Abtragung der Schulden kann in Ländern, in denen kein Gold gefunden wird, nur durch den Export von Waren erfolgen. Da es in den Ländern des Donauraumes keine Goldvorkommen gibt, sind diese Länder auf den Export angewiesen. Der Export dieser Länder geht aber in der Hauptsache nach Deutschland, nicht aber nach Frankreich, das bedeutet nichts anderes, als daß diese Staaten in Bezug auf ihren Handel von Deutschland abhängig sind, finanziell aber von Frankreich. Wenn nun Deutschland den Goldstandard verlassen würde, so würden die südeuropäischen Staaten, um er Aufrechterhaltung ihrer Handelsbeziehungen willen, gezwungen werden, ebenfalls dem Golde den Rücken zu kehren. Damit aber würde die Macht Frankreichs in diesen Wirtschaftsgebieten genau so in die Schranken gezwungen werden, wie es in England der Fall ist. Die Lösung vom Golde hat, wie das Beispiel von England und den skandinavischen Ländern gezeigt hat, nichts mit einer Inflation zu tun, sondern bedeutet lediglich die Unterbindung irgend welcher Einfuhr ausländischer Kapitalien auf den inländischen Geldmarkt. Daß das Gold an sich ein Phantom ist, hat die Entwicklung der letzten Monate auch bei uns gezeigt.

Die Antwort des Reichskanzlers

auf die Ausführungen über die Finanzierung einer wahrhaft nationalen Arbeitsbeschaffung des Parteigenossen Gregor Straßer lautete: „Ich für meine Person werde es unter allen Umständen ablehnen, und zwar aus inneren und außenpolitischen Gründen, irgend etwas zu tun, was vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen könnte, was vorübergehend populär machen könnte, was aber die Währung in schwerer Gefahr bringen würde.“ Deutlicher konnte der Herr Reichskanzler es Frankreich nicht bezeugen, daß er unter allen Umständen gewillt ist, an der Goldwährung festzuhalten, und das zu einem Zeitpunkt, wo ein Land nach dem anderen den Goldstandard verläßt und damit entschieden den Weg der internationalen Handelsbeziehungen, d. h. den Weg des Ausstieges von Waren befreit und sich gegen die freie Übertragung von Kapital aus dem einen Land in das andere wendet, weil ein Land nach dem anderen erkennen muß, daß die Sorge um die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die eigenen Volksgenossen wichtiger ist als das Nachhaken der Theorie des Freihandels. Ein Land

nach dem anderen errichtet immer höhere Zollmauern und führt Kontingente für den Import von ausländischen Waren ein. England bemüht sich, die Industrie, die im Lande selbst bisher nicht vorhanden war, in sein Land zu ziehen. Eine Krise bei den Glas- und Porzellanfabrikanten dürfte die Reichsregierung von der Nichtigkeit dieser Forderungen überzeugen. Und gerade in dieser Zeit, wo jedes Land bemüht ist, seine Wirtschaft auf eine neue, nach Möglichkeit vom Ausland unabhängige Basis zu stellen, wo ferner jedes Land die Stärke seiner Position als Abnehmerland dem Lieferungsland gegenüber erkannt hat, hat der Herr Reichskanzler erklärt, daß die Regierung nur sehr gegen ihren Willen die Devisenverteilung für die Wareneinfuhr immer mehr herabsetzen mußte, und daß es die feste Absicht der Regierung wäre, die sich daraus ergebende Einschränkung der Wareneinfuhr so gering wie möglich zu gestalten und kein Land gegenüber dem anderen zu bevorzugen. Es ist schwer möglich, anzunehmen, daß die gesamte angelsächsische Welt den in der letzten Zeit beschrittenen Weg der größtmöglichen Selbstgenügsamkeit verlassen wird, um zum Prinzip des Freihandels zurückzukehren.

Die Worte des Herrn Reichskanzlers, „nur gemeinsame und vereinigte Anstrengungen der durch die Wirtschaftskrisis verbundenen Staaten können diesem Zustand ein Ende machen und die Voraussetzungen für die Wiederherstellung normaler Zustände schaffen“, können sich naturgemäß demnach lediglich auf den europäischen Wirtschaftskreislauf beschränken und zwar in Verbindung mit den Goldproblemen nur unter französischer Finanzherrschaft. Die Ausführungen des Präsidenten Kaas, in denen er sich gegen die Autarkie wandte, sollten vielleicht auch unter diesem Gesichtspunkt gewertet werden.

Gefahren für Lausanne

Zusammenfassend wäre demnach auf Grund der Rede des Herrn Reichskanzlers im Reichstag festzustellen, daß die Reichsregierung

1. der französischen These auf Verquickung von interalliierten Schulden und Tributen zum mindesten keine besonderen Hindernisse in den Weg zu legen gewillt ist,
2. entschlossen ist, am Goldstandard festzuhalten und damit bedingungslos die finanzielle Vorherrschaft Frankreichs anzuerkennen und darüber hinaus gewillt ist, den internationalen Kapitalbewegungen vor den Barren zu gehen,
3. nicht gewillt ist, sich in Bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen zum Donauraum in einen Gegensatz zu Frankreich zu stellen, wenigstens Deutschland auf Grund der reinen Wirtschaftsverhältnisse der mächtigste Kontrahent dieser Staaten ist.

Das sind die Auspizien, unter denen die Reichsregierung in Lausanne zu verhandeln gedenkt! Oder sollen wir uns irren?

Neuer Angriff auf die Löhne — und Steigerwald sieht zu!

Von Dr. Ditomar Lorenz.

Das kurze und eindrucksvolle Gastspiel des Bernhard J. Weiss mit seinen aussergewöhnlichen Schupolenten hat die Reichsstaatsanwaltschaften abgelenkt, ehe das nationalsozialistische Mitbestimmungsgesetz gegen Steigerwald zur Abstimmung gelangte. Polizei konnte verhindern, daß das Mitbestimmungsgesetz gegen Steigerwald im Reichstag zum Ausdruck gebracht wurde. Das Mitbestimmungsgesetz kann keine politische Maßnahme enthalten. Es wagt man im Geheimen Teil von Tag zu Tag. Es ist wie ein drohendes Schwert hinter der Regierung Brüning. Im Überflusse werden jetzt auch die Generalkonferenzen der Arbeiter, seitdem der Reichsarbeitsminister Steigerwald sich öffentlich zu Plänen bekannt hat, die eine Verstaatlichung der deutschen Sozialversicherung bedeuten. Aber der Reichsarbeitsminister ist nicht nur verantwortlich für die Lohnpolitik der Reichsregierung. Seltener hat eine Politik so offensichtlich zum Mißerfolg geführt, wie die Deflationspolitik des Lohn- und Preisabbaues. Niemand leugnet, daß diese Politik die Kaufkraft der breiten Massen geschwächt und den Binnenmarkt auf das schwerste geschädigt hat.

Die erste bedrohliche Durchbrechung des geltenden Tarifvertragsrechtes, die schärfste Verletzung der Löhne seit der Inflationszeit, konnte also nicht verhindern, daß gleichzeitig die deutsche Arbeiterbewegung einen katastrophalen Rückschlag erfuhr. Man sollte es nicht für möglich halten, daß nach diesen Erfahrungen immer noch verantwortliche Wirtschaftspolitiker

und „Wirtschaftsführer“ für eine Fortsetzung der Politik des Lohn- und Preisabbaues eintreten, und doch ist das der Fall. Soeben schreibt „Der Arbeitgeber“, die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände:

„Wir haben mit unserer Deflationspolitik noch nicht die Plattform erreicht, von der ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung möglich ist. Und die Deflation der Löhne und das Preisabbaugeschehen. Das deutsche Preisniveau kann noch nicht mit den Ländern konkurrieren, die den Goldstandard aufgeben haben. Schon aus diesem Grunde steht die deutsche Wirtschaft unter dem Zwang, auch weiterhin ihre Selbstkosten zu senken.“

Nach den bisherigen Erfahrungen ist es geradezu irreführend, anzunehmen, daß wir durch eine Fortsetzung der Deflationspolitik jemals unsere Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber verbessern können. Gerade die Verstaatlichung des Binnenmarktes durch die Deflationspolitik, das gewalttätige Hinunterdrücken der Arbeitslosenlöhne ist es, was unsere Wirtschaft mit unproduktiven Ausgaben belastet und immer weniger konkurrenzfähig macht. Erhebt sich das Zugeländnis, daß andere Länder ihre Konkurrenzfähigkeit auf sehr einfache Weise erhöht haben: durch Absetzen vom Goldstandard.

So bleibt unseren „Wirtschaftsführern“ nichts übrig, als fruchtlos die verfehlte Deflation Politik fortzuführen. Man will das Tarifvertragsrecht weiter durchbrechen und die

Löhne weiter herabsetzen. Während der Reichsarbeitsminister Artikel schreibt, in denen er sich mit vielen Bann und Aber für die Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne theoretisch einsetzt, haben die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft praktisch einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht auf dem Wege zur weiteren Ausbeutung der Arbeit. Auf Grund der 4. Notverordnung sind die meisten Tarifverträge am 30. April abgelaufen. Eine Erneuerung der Verträge hat bisher nur in ganz wenigen Fällen stattgefunden, weil die Verhandlungen von den Unternehmern verschleppt wurden. Für Millionen deutscher Arbeiter ist somit ein tarifloses Zustand eingetreten, unter den heutigen Verhältnissen eine ansehnliche Gefahr für die Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne! Die Gewerkschaften haben es durch ihre mangelnde Aktivität dazu kommen lassen, das Reichsarbeitsministerium hat sich überhaupt nicht gekümmert. Da der Bodenplan der letzten Reichsarbeiter durch die Einführung der Vierstundentage in der Woche bereits empfindlich verletzt wird, trat man sich offenbar nicht gleichzeitig auch noch die Stundenlöhne herabzusetzen. Andererseits glaubt man die bestehenden Lohnsätze nicht für einige weitere Monate garantieren zu können. So läßt man alles in der Hand, und das ist heute für die Arbeiter der allerschwersten Zustand. Unentschlossenheit und Nationalität brühen der Lohnpolitik Steigerwalds den Stempel auf. Wir Nationalsozialisten werden aber werden die Gewerkschaften immer wieder vor die Frage stellen, ob sie es wagen wollen, daß durch den aus ihrer Mitte hervorgegangenen Reichsarbeitsminister die Sozialversicherung zerschlagen wird, daß die Minderernennung der bestehenden Tarifverträge schwere Gefahren für das Tarifrecht überhaupt heraufbeschwört und daß die Durchführung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogrammes von Monat zu Monat verschoben wird.